

Schriftliche Kleine Anfrage

des Abgeordneten Dennis Gladiator (CDU) vom 11.08.21

und Antwort des Senats

Betr.: Wie ist es um die Planung zur angekündigten Notruf-App bestellt? (II)

Einleitung für die Fragen:

In der Antwort auf meine Schriftliche Kleine Anfrage, Drs. 22/2574, gab der Senat an: „Das Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen wurde im Oktober 2019 durch eine Ländervereinbarung mit der Realisierung einer bundesweit einheitlichen Notruf-App beauftragt. Die dort eingerichtete „Geschäfts- und Koordinierungsstelle Notruf-App-System“ gewährleistet die Einbindung aller Länder. Die derzeitigen Planungen sehen die Bereitstellung der Notruf-App (zunächst ohne Schnittstelle zu den Einsatzleitsystemen) noch im 1. Quartal 2021 vor. Die Polizei und Feuerwehr entwickeln derzeit Konzepte zu technisch-organisatorischen sowie personellen Maßnahmen, um die Inbetriebnahme in den Leitstellen zu realisieren.“

Nachdem das 1. Quartal 2021 verstrichen war, teilte der Senat in der Antwort auf meine Schriftliche Kleine Anfrage, Drs. 22/3970, mit: „Die Einführung der Notruf-App ist aus EU-rechtlichen Gründen vorzunehmen. Der ab Februar 2021 geplante Test der Notruf-App konnte nicht durchgeführt werden. Die den Ländern durch Nordrhein-Westfalen zur Verfügung gestellte Leitstellenanwendung enthielt Fehler und nicht den geplanten Funktionsumfang. Die aktualisierte Zeitplanung der Geschäfts- und Koordinierungsstelle der Notruf-App sieht nunmehr einen bundeseinheitlichen Start zum 29. Juli 2021 vor.“

Vor diesem Hintergrund frage ich den Senat:

Frage 1: *Ging die Notruf-App, wie in der Drs. 22/3970 angekündigt, am 29. Juli 2021 an den Start?*

Frage 2: *Falls nein, weshalb nicht und wann ist jetzt mit einer Bereitstellung der Notruf-App zu rechnen?*

Antwort zu Fragen 1 und 2:

Performance Probleme beim App-Entwickler haben zur Verschiebung des Go-live beziehungsweise Wirkbetriebes geführt.

Die Abnahme der Notruf-App soll nach jetzigem Stand durch die Geschäfts- und Koordinierungsstelle in Nordrhein-Westfalen (GuK) am 23. September 2021 erfolgen. Der bundeseinheitliche Start in den Leitstellen und die Einführungsveranstaltung sollen im Anschluss, noch im September stattfinden; eine genaue Terminierung steht derzeit noch aus.

Vorbemerkung: *In der Drs. 22/3970 heißt es: „Nach derzeitigem Stand ist beabsichtigt, zur Nutzung der Notruf-App die Arbeitsplätze der Leitstellen mit zusätzlichen Monitoren sowie einem Internetanschluss über eine Terminalserverlösung im Rechenzentrum von Dataport auszustatten.“*

Dies ist aus Gründen der Redundanz bei einem Ausfall von Arbeitsplätzen oder einer der beiden Leitstellen zwingend erforderlich. Zusätzlich werden technische Maßnahmen zur Gewährleistung der Datenspeicherung und Datenauswertung im Rechenzentrum von Dataport realisiert.“

Frage 3: *Wurden alle Arbeitsplätze der Leitstellen mit zusätzlichen Monitoren sowie einem Internetanschluss über eine Terminalserverlösung im Rechenzentrum von Dataport ausgestattet?*

Falls ja, wann und um wie viele Arbeitsplätze handelt es sich insgesamt?

Falls nein, weshalb nicht und wann soll das abgeschlossen sein?

Antwort zu Frage 3:

Ja, in der 15. KW 2021 wurden insgesamt 65 Arbeitsplätze in den Leitstellen der Feuerwehr und Polizei mit einem zusätzlichen Monitor versehen und die Internetanschlüsse ertüchtigt.

Frage 4: *Wurden die technischen Maßnahmen zur Gewährleistung der Datenspeicherung und Datenauswertung im Rechenzentrum von Dataport realisiert?*

Falls ja, wann und auf welche Weise?

Falls nein, weshalb nicht und wann soll das abgeschlossen sein?

Antwort zu Frage 4:

Das Konzept zur Datenspeicherung und Datenauswertung wurde gemeinsam mit Dataport erarbeitet und umgesetzt. Als Basis dient eine revisionssichere MS SQL Datenbank der dBewahrungsdienste EASY von Dataport.

Die Original-XML-Daten werden zunächst auf einem Fileshare gespeichert und von dort durch einen automatisierten Prozess revisionssicher in eine Datenbank geladen. Von dort erfolgt bei Bedarf die Ausleitung von Kopien an andere Ermittlungsbehörden. Dieser Prozess wurde bei der Feuerwehr im Juni 2021 und bei der Polizei im Juli 2021 finalisiert.